

Vossische



Zeitung

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit Kurszettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein, Chefredaktor: Georg Borchard, Verwalter: Bedeker (m. Ann. d. Handelskammer) Carl Misch, Berlin, Unter...

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Veransp.-Zentrale Ullstein: Ami Dabhoff (A 7) 3600-3606. Für das Fernverkehrs Amt Dabhoff 3608-3609. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postfachkonto Berlin 606.

Endkampf im Haag

Das Echo des „Freiheitsgesetzes“

Seite vormittag waren Zarbin und Briand bei Curtius und Wittich, um mit ihnen gemeinsam die gestern überreichte Ausarbeitung über die Contionfrage zu beraten. Die französischen Mitglieder blieben über eine Stunde. Als Ergebnis dieser Unterredung kann festgestellt werden, daß die Contionfrage langsam ihrer Lösung entgegengeht. Wie bereits berichtet, besitzen sich die französischen Vorkläger mit zwei Möglichkeiten:

Mit der jüngsten Durchsicht des Young-Plans und mit einer absehbaren Poängung, mit einem „Zerreißen“ dieses Plans durch eine deutsche Regierung.

Ueber die erste Frage darf eine völlige Einigkeit bereits festgestellt werden. Mit der Annahme des Young-Plans fallen nämlich alle im Verlaufe voriger vorsehenden Rücktrittsbedingungen, Gläubiger, Pfänder und Contionen fort. Alle die Forderungen der Gläubiger, die im Young-Plan vorsehendsten Möglichkeiten und Chancen, und diese natürlich nur insoweit und so lange der Young-Plan als Ganzes Geltung hat. Diese Regelung wird, soweit wir unterrichtet sind, auch in dem Jänner-Schlussprotokoll eindeutig festgelegt werden.

Daß es zu einer Erörterung der — gänzlich irrelevanten — zweiten Möglichkeit, der „Zerreißen“ des Young-Plans, überhaupt kam, ist eine Folge der Ängstlichkeit des Jünglingskreises.

Für den Fall, daß eine künftige Regierung die Jänner-Bestimmungen nicht erfüllt, ist es natürlich nicht ausfindig oder sie bewußt sabotiert, soll Vorbehalte getroffen werden. Auch in diesem Fall soll nach den französischen Vorkläger nicht sofort automatisch der Artikel 400 des Berliner Friedensvertrages wieder Geltung bekommen, sondern erst nach der Bestätigung eines Sonderplans.

Zunächst würden sich die im Young-Plan vorgesehene Schlichterbehörde, besonders der Sonderausschuß bei der Internationalen Bank, mit einer Klage der Gläubigerkreise gegen Deutschland auf bewußte Verletzung zu befehlen haben. Schließlich ist diese Klagen der Gläubiger an, so als hätte der deutsche Regierung noch den französischen Vorkläger immer noch das Recht an der Internationalen Bank-Gesellschaft zu erwerben, daß dessen Geschäft ist blühend. Schließlich ist der Haag der Klagen der Gläubiger an, so als hätte — noch den französischen Vorkläger — die Möglichkeit des Rückgriffs auf Artikel 400.

Die deutsche Delegation ist dagegen bestrebt, auch diese entsetzten und konträre Rücktrittsmöglichkeit auf den Artikel 400 auszuweichen. In einer solchen Vereinbarung werden die Vorkläger nicht nur nicht zu kommen, noch ist die Frage zu abstrakt, um hier im Haag keine Diskussionen daran zu knüpfen.

Man will sich darauf einigen, daß über diese strittigen Punkte bei nächster der Jänner-Konferenz ein offizielles Noten-austausch zwischen der französischen und deutschen Delegation stattfinden. Es handelt sich praktisch darum, das Text dieser Noten zu

formulieren. Die deutsche Delegation wird wahrscheinlich bereits im Laufe des heutigen Tages eine erste Ausarbeitung entwerfen und sie der französischen Delegation zur Kenntnis bringen. Um die Alltagsarbeiten begann die Konferenz der sechs einladenden Mächte. Die Besprechungen gelten den schwedischen Finanzfragen, den Zahlungs-termine, der Ausgestaltung des Währungsplans und der noch bestehenden Besprechungsgegenstände der Gläubiger.

In der Frage der Zahlungs-termine stehen sich die Standpunkte noch unvereinbar wie am ersten Tag gegenüber. Die Beratungen werden am Nachmittag fortgesetzt.

Neuer Kurssturz in Madrid

Spaniens Währungskrise

Madrid, 8. Januar | Ullstein-Nachrichtendienst

Das englische Pfund ist heute plötzlich um über 30 gestiegen. Die Erregung und Bestürzung über diesen neuen Kurssturz der Währung ist groß. Primo de Rivera gab sofort eine lange Erklärung heraus, in der er darlegte, daß die Verantwortlichkeit für den jüngsten Währungssturz die Übergangs-Gläubiger und die englische Spekulation trägt, die Spanien schädigen wolle. Am liebsten sei das Problem mehr moralisch als material zu managen. Auch würden nur die besitzenden Kreise darunter leben und nicht die Armen, denn nur Automobile, Porzellan, Champagner usw. seien teurer geworden, nicht aber das Brot. Diese Darstellung der spanischen Lage ist reichlich sorglos. Die

mit dem Gebiet der Reparationen mit der bulgarischen Frage weiter besetzt. Nachdem gerade hier die gegenseitigen Aufstellungen einander ziemlich nahegebracht worden sind und die Gläubiger Bulgariens anheimend bereit sind, eine Amnistie von etwa 10 Millionen Goldfranken zu akzeptieren, bestehen diese vornehmlich die an der bulgarischen Reparationen interessierten Mächte über die Ausarbeitung der Einzelheiten.

Der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen hat gebeten, die Beratung der ungarischen Reparationsfrage erst am Sonnabend aufzunehmen. Bis dahin dürfte sich überlegen lassen, ob die zahlreichen Privatbesprechungen zwischen Bethlen und den Gläubigern, weiterhin eine ausfindige Verhandlungsgrundlage abgeben. Im Falle die ungarische Reparationsfrage gelöst werden können, so besteht auch Aussicht, mit Österreich in einem Arrangement zu kommen. Bis zum Sonnabend wird man also auch hier flacker leben können.

Einfuhr ist keinesfalls höher als sonst. Richtig ist, daß die Spekulation des Auslandes die Peseta unten läßt und scheinbar irgendwo im Auslandes das Schreiben besteht, die Bank von Spanien zu veranlassen, zur Stärkung der Währung eine Anzahl ihrer gütigsten beträchtlichen Goldbestände abzugeben. Derartige Maßnahmen würden aber erfolglos, wenn die politische Lage weiter Vertrauen einfließen würde, und wenn Spanien eine einmütigen vernünftigen Finanzpolitik getrieben hätte.

Was Spanien jetzt braucht, ist eine vernünftige Wirtschaft. Aber weder Primo de Rivera, noch sein Finanzminister gehen gegen die alte Materialität. Spaniens Währungsfrage ist ein nicht ungelöstes und eine in geringe Bewertung der Peseta ist unersetzlich unbedeutend. Bedingt die Folgen der allzu lange angehaltenen Diktatur haben jetzt dem Land die schwere Währungsfrage ein-gebracht.

Dynamit an der Riviera

Antifaschistische Attentäter?

Paris, 9. Januar | Ullstein-Nachrichtendienst

Seit vor kurzer Zeit einige führende Mitglieder der antifaschistischen Bewegung in Frankreich verhaftet wurden und darunter die Verdacht einer großangelegten Verschwörung mit Attentatsplänen aufsteht, hat die französische Polizei eine fieberhafte Tätigkeit entfaltet. Im Verlauf ihrer Aktionen ist gestern in der Villa Fontamaria bei Cannes ein großes Lager von Dynamit-

patronen entdeckt und einer der Attentäter, Angelo Budbo, verhaftet worden.

Auch ein Bekannter namens Euffo, der sich in der Villa aufhielt, wurde festgenommen; er hatte wegen verschiedener antifaschistischer Demonstrationen längere Ausweisungsbefehle in der Folge, außerdem aber auch Besuchsverbote von Schülern des italienischen Konvikts in Nizza. Euffo gab ohne weiteres zu, daß er in dem Konvikts die schwärzen Listen der faschistischen Geheimdienste habe stehen wollen. Die drei Brüder Budbo, denen die Villa Fontamaria mit gehört, haben sich alles gegen den Faschismus bezeugt; der eine ist in einem italienischen Gefängnis, der zweite wurde in Cannes verhaftet, der dritte wegen eines Attentats auf Frankreich ausgewiesen.

Als die Politisten mit Angelo Budbo und Euffo die Villa verließen, begabte ihnen ein gewisser Melitronato, der scheinbar ein Freund war, auch Besuchsverbote. Bei ihm fanden sich mehrere Sprengstoffe, die er im Auftrag des ehemaligen Geheimdienstmitgliedes von San Remo, Gotti, in der Villa bringen wollte. Gotti selbst wird politisch gelistet.

Auf jeden Fall sind die Politisten, in der Villa Fontamaria die Urheber der zahlreichen Bombenattentate an der französischen Riviera erwischt zu haben. In der Villa wurde übrigens auch ein gewisses Diebesgut, nur allem einige Hundert Paar Schuhe, entdeckt.

Kein Verfahren gegen Rosenthal

Das von der Staatsanwaltschaft gegen den früheren Stadtverordneten Rosenthal als Mitglied des Rechtsausschusses der Berliner Stadtbank in der Effektenkassens Ermittlungsverfahren ist mangels Beweisen eingestellt worden. Rosenthal nur vorgeschrieben worden, daß er mit Rücksicht auf seine Mitwirkung bei der Gewährung der Effektenkassens Warenabstellungen für seine Offiziere von dem Effekten entgegengenommen habe. Durch die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen hat sich ein solches Zusammenhang nicht nachweisen lassen.

Die Rotters wollen eine Million

Als Subvention von der Stadt

Die Brüder Rotters haben an die Stadt Berlin den Antrag gestellt, ihnen die Städtische Oper in der Bismarckstraße zu übergeben. Sie stellen folgende Bedingungen: Befreiung von jedem Bodsteuern, Befreiung von der Luftfahrzeugsteuer, Gewährung einer jährlichen Subvention in der Höhe von einer Million Mark. Dafür würden sie die Stadt von der Sorge um die Oper entlasten und sie als Privatunternehmen weiterführen.

Der einzigen Sorgen nach das man es anders. Da liegen die Brüder Rotters vorzuziehen. Die Stadt Berlin hätte ihnen das Anerkannt gemacht, die Städtische Oper zu übernehmen. Jetzt ergibt sich, daß der Wunsch der Rotters dieses Übernahme gewesen ist. Die meißelnden Intentionen im Berliner Stadtrat haben auch jetzt den Willen, die Städtische Oper so wie bisher weiterzuführen, den Fußstapf nur, obwohl die Übertragung des finanziellen Risikos es gestattet, zu verringern. Ernst genommen wird das Angebot der Rotters nicht. Man glaubt ganz, daß sie eine Million bezu-

Subvention haben wollen. Der wird eine Million nicht haben wollen; bei diesen hohen Zinsen auch nicht gut brauchen können? Weniger Glauben setzen man in die Befreiung, daß das finanzielle Risiko der Städtischen Oper unter einem Regime Rotters auch nur annähernd ertragen könnte.

Im Übrigen werden wieder Nachrichten verbreitet, die sich bei näherer Prüfung als unwohl herausstellen. Inwieweit ist, daß Frau Maria Müller einen Vertrag mit den Rotters abgeschlossen hat. An dem ganzen Werke nimmt nur, daß irgend-eine Agent irgend etwas erzählt hat. Die geübte Sängerin bleibt selbstverständlich an der Staats-Oper und an der Städtischen Oper. Sie hat sich in den Verhandlungen über ihren neuen Vertrag sogar bereit gefunden, ihre amerikanischen Verpflichtungen zeitlich enger zu begrenzen, um der Berliner Oper fest während der ganzen Winterperiode zur Verfügung zu stehen. Man wird diese Nachricht dankbar aufnehmen. In der Behauptung von Engagementverhandlungen zwischen Rotters und Generalmusikdirektor Tschelichev ist ebenfalls kein wahres Wort.

# Kritik der Hochstapler oder Patriot

## Die Kernfrage im Tichtröwenfälscher-Prozess

Im Moabiter Tichtröwenprozess wurde am heutigen 4. Verhandlungstage als nächster Angeklagter der Kaufmann Wilhelm Schmidt vernommen, der aus der Verurteilung in drei Fällen angeklagt ist. Schmidt kam in den Jahren 1826 und 1828 in Berlin zur Verurteilung. Die Verhandlung des General-Anwaltlers Dr. Engelstiege erklärte, daß er von vornherein mit den tatsächlichen Verbrechen imwahrheit habe.

Auf die Frage des Vorsitzenden, was er mit dem General-Anwaltler Schmidt über die Angeklagten angehe, daß er nur Schmidt vernommen, der aus der Verurteilung in drei Fällen angeklagt ist. Schmidt kam in den Jahren 1826 und 1828 in Berlin zur Verurteilung. Die Verhandlung des General-Anwaltlers Dr. Engelstiege erklärte, daß er von vornherein mit den tatsächlichen Verbrechen imwahrheit habe.

**Frage:** Ich möchte nun einmal von Ihnen wissen, ob Karumbé wirklich mit den Zeuten, die in Paris der geoffenen Freiheitsbewegung nachziehen, zusammenhängt und ob Ihnen eine genaue Kenntniss der Angelegenheit vorliegt, ob es also wirklich ein transatlantischer Patriot ist, oder nur ein Mann, der sich durch politische Bedürfnisse leiten lassen möchte.

**Antwort:** Schmidt: Ich kann Karumbé nur aus dem Namen kennen. Ich erlaube dem General-Anwaltler, daß er seine Zeugnisse vorlesen darf, um die Angelegenheit zu erläutern. Ich habe die deutsche Sache im Karumbé nicht mit seiner ganzen Verlesung eingesehen. Karumbé hat besonders viel in Genuß in den letzten Jahren gearbeitet. Die Angelegenheit ist ein sehr wichtiger Punkt. Durch General-Anwaltler Schmidt wurde mit mehr Befähigung, als es sich bei den tatsächlichen Untersuchungen um durchaus ernst zu nehmende wirtschaftliche Dinge handelt. Ich bin einmal in Paris gewesen, einmal im Dezember 1827 und dann im März 1828. Dort habe ich auch mit dem ehemaligen Besitzer der geoffenen Freiheitsbewegung gesprochen. Auch diese nahmen Karumbé durchaus ernst und rühmten besonders seine Organisationsfähigkeiten.

**Frage:** Wie konnten Sie sich nun so ausgehen Ihren politischen Verhältnissen während der Revolution?

**Antwort:** Meine Familie befindet sich in altes Oestrich und die Lage war für mich ein weiteres Opfer bringen konnte.

**Frage:** Wie sind Sie nun mit dem Jüngerer Reich zusammengekommen?

**Antwort:** Schmidt: Ich muß ich mich einmal über meine Beziehungen zu dem Angeklagten Bell ausdrücken. Ich habe Bell von Nürnberg aus der Freilassungsbewegung her. Bell hatte sich auf das tatsächliche Gebiet gerichtet, während ich mich mit den Beziehungen zu der Partei pflegen wollte. Ich habe mit den Angeklagten die Beziehungen gepflegt. Schmidt: Ich habe die Beziehungen zu dem Jüngerer Reich gepflegt. Schmidt: Ich habe die Beziehungen zu dem Jüngerer Reich gepflegt. Schmidt: Ich habe die Beziehungen zu dem Jüngerer Reich gepflegt.

**Frage:** Woher lernten Sie nun Jüngerer kennen?

**Antwort:** Jüngerer lernte ich durch Sie kennen. Rieger war meine politische Hilfe.

**Frage:** Und wer ist denn nun Rieger?

**Antwort:** Rieger ist Großkaufmann. Ich trat an ihn heran und sagte ihm, daß es wünschenswert sei, die Vorgesetzungsbehörden der Bewegung zu unterstützen.

**Frage:** Man näheres Verhältnis möchte ich das was noch etwas näher ausführen. Weil Siebrüder das produktive und reiche Land ist, was man der Meinung, daß man gerade diesen Teil von Gemeinschaften lösen müßte, damit die Mittel dieser Bewegung nicht in die Hände derer fallen, sondern zu wirtschaftlichen Zwecken benutzt werden könnten.

**Antwort:** Schmidt: Das ist durchaus richtig. Ich habe Jüngerer und Rieger gesagt, es handle sich um eine gute Spekulation.

**Frage:** Wollten Sie das nicht einmal näher präzisieren, wofür Sie nun 3000 Mann von dort zu erhalten.

**Antwort:** Ich wollte das Geld für den Hoffenschein haben. Dazu war dieser Betrag natürlich viel zu wenig. Man mußte andere Wege beschreiten.

**Frage:** Man mußte also zum Beispiel in der Lage sein, an einem Geschäft zu beteiligen, damit man dann in der nächstbesten dieser Geschäftseinrichtungen einen Vertrauensmann hätte, der sich mit dem Herrn Ministerpräsidenten sehr gut fand. Was waren das nun für wirtschaftliche Geschäfte am Wallon, an denen Sie sich mit Hilfe dieser Gelder beteiligen wollten.

**Antwort:** Das habe ich Bell überlassen.

**Frage:** Ich habe Sie also so verstanden, die 10000 bis 12000 Mark sollten nicht dazu dienen, sich an einem Mineraliengeschäft zu beteiligen, sondern erst einmal zu ionieren und die nötigen "Zerlöcher" zu beschaffen.

**Staatsanwalt Engelstiege:** Ich möchte das etwas näher erläutern haben.

**Antwort:** Ich kann das nicht näher kontroversieren. Rieger war völlig in die Hände des Schwertregiments, der Lehensgesellschaften. Es muß Ihnen doch sehr verdächtig haben, wie Sie mit dem Geld von Rieger Geld verdienen wollten.

**Staatsanwalt Engelstiege:** Ich möchte das etwas näher erläutern haben.

**Antwort:** Ich kann das nicht näher kontroversieren. Rieger war völlig in die Hände des Schwertregiments, der Lehensgesellschaften. Es muß Ihnen doch sehr verdächtig haben, wie Sie mit dem Geld von Rieger Geld verdienen wollten.

**Staatsanwalt Engelstiege:** Ich möchte das etwas näher erläutern haben.

**Antwort:** Ich kann das nicht näher kontroversieren. Rieger war völlig in die Hände des Schwertregiments, der Lehensgesellschaften. Es muß Ihnen doch sehr verdächtig haben, wie Sie mit dem Geld von Rieger Geld verdienen wollten.

**Staatsanwalt Engelstiege:** Ich möchte das etwas näher erläutern haben.

**Antwort:** Ich kann das nicht näher kontroversieren. Rieger war völlig in die Hände des Schwertregiments, der Lehensgesellschaften. Es muß Ihnen doch sehr verdächtig haben, wie Sie mit dem Geld von Rieger Geld verdienen wollten.

Karumbé politische Rolle und Stellung durchaus zurechenbar sein. Dieses Dokument ist aber bereit, daß seine öffentliche Verlesung die Staatsorgane gefährden würde.

**Frage:** Wie ist die öffentliche Verlesung vor bekannt, daß Rechtsanwalt Herr Kien unter Juristengesetz hat.

**Antwort:** Schmidt: Die öffentliche Verlesung ist ein politischer Akt, und es ist nicht möglich, daß er nicht bekannt ist.

**Frage:** Wie ist die öffentliche Verlesung vor bekannt, daß Rechtsanwalt Herr Kien unter Juristengesetz hat.

**Antwort:** Schmidt: Die öffentliche Verlesung ist ein politischer Akt, und es ist nicht möglich, daß er nicht bekannt ist.

**Frage:** Wie ist die öffentliche Verlesung vor bekannt, daß Rechtsanwalt Herr Kien unter Juristengesetz hat.

**Antwort:** Schmidt: Die öffentliche Verlesung ist ein politischer Akt, und es ist nicht möglich, daß er nicht bekannt ist.

**Frage:** Wie ist die öffentliche Verlesung vor bekannt, daß Rechtsanwalt Herr Kien unter Juristengesetz hat.

**Antwort:** Schmidt: Die öffentliche Verlesung ist ein politischer Akt, und es ist nicht möglich, daß er nicht bekannt ist.

**Frage:** Wie ist die öffentliche Verlesung vor bekannt, daß Rechtsanwalt Herr Kien unter Juristengesetz hat.

**Antwort:** Schmidt: Die öffentliche Verlesung ist ein politischer Akt, und es ist nicht möglich, daß er nicht bekannt ist.

**Frage:** Wie ist die öffentliche Verlesung vor bekannt, daß Rechtsanwalt Herr Kien unter Juristengesetz hat.

**Antwort:** Schmidt: Die öffentliche Verlesung ist ein politischer Akt, und es ist nicht möglich, daß er nicht bekannt ist.

**Frage:** Wie ist die öffentliche Verlesung vor bekannt, daß Rechtsanwalt Herr Kien unter Juristengesetz hat.

**Antwort:** Schmidt: Die öffentliche Verlesung ist ein politischer Akt, und es ist nicht möglich, daß er nicht bekannt ist.

**Frage:** Wie ist die öffentliche Verlesung vor bekannt, daß Rechtsanwalt Herr Kien unter Juristengesetz hat.

**Antwort:** Schmidt: Die öffentliche Verlesung ist ein politischer Akt, und es ist nicht möglich, daß er nicht bekannt ist.

**Frage:** Wie ist die öffentliche Verlesung vor bekannt, daß Rechtsanwalt Herr Kien unter Juristengesetz hat.

**Antwort:** Schmidt: Die öffentliche Verlesung ist ein politischer Akt, und es ist nicht möglich, daß er nicht bekannt ist.

**Frage:** Wie ist die öffentliche Verlesung vor bekannt, daß Rechtsanwalt Herr Kien unter Juristengesetz hat.

**Antwort:** Schmidt: Die öffentliche Verlesung ist ein politischer Akt, und es ist nicht möglich, daß er nicht bekannt ist.

**Frage:** Wie ist die öffentliche Verlesung vor bekannt, daß Rechtsanwalt Herr Kien unter Juristengesetz hat.

**Antwort:** Schmidt: Die öffentliche Verlesung ist ein politischer Akt, und es ist nicht möglich, daß er nicht bekannt ist.

**Frage:** Wie ist die öffentliche Verlesung vor bekannt, daß Rechtsanwalt Herr Kien unter Juristengesetz hat.

**Antwort:** Schmidt: Die öffentliche Verlesung ist ein politischer Akt, und es ist nicht möglich, daß er nicht bekannt ist.

**Frage:** Wie ist die öffentliche Verlesung vor bekannt, daß Rechtsanwalt Herr Kien unter Juristengesetz hat.

**Antwort:** Schmidt: Die öffentliche Verlesung ist ein politischer Akt, und es ist nicht möglich, daß er nicht bekannt ist.

**Frage:** Wie ist die öffentliche Verlesung vor bekannt, daß Rechtsanwalt Herr Kien unter Juristengesetz hat.

**Antwort:** Schmidt: Die öffentliche Verlesung ist ein politischer Akt, und es ist nicht möglich, daß er nicht bekannt ist.

**Frage:** Wie ist die öffentliche Verlesung vor bekannt, daß Rechtsanwalt Herr Kien unter Juristengesetz hat.

**Antwort:** Schmidt: Die öffentliche Verlesung ist ein politischer Akt, und es ist nicht möglich, daß er nicht bekannt ist.

**Frage:** Wie ist die öffentliche Verlesung vor bekannt, daß Rechtsanwalt Herr Kien unter Juristengesetz hat.

**Antwort:** Schmidt: Die öffentliche Verlesung ist ein politischer Akt, und es ist nicht möglich, daß er nicht bekannt ist.

**Frage:** Wie ist die öffentliche Verlesung vor bekannt, daß Rechtsanwalt Herr Kien unter Juristengesetz hat.

**Antwort:** Schmidt: Die öffentliche Verlesung ist ein politischer Akt, und es ist nicht möglich, daß er nicht bekannt ist.

**Frage:** Wie ist die öffentliche Verlesung vor bekannt, daß Rechtsanwalt Herr Kien unter Juristengesetz hat.

**Antwort:** Schmidt: Die öffentliche Verlesung ist ein politischer Akt, und es ist nicht möglich, daß er nicht bekannt ist.

**Frage:** Wie ist die öffentliche Verlesung vor bekannt, daß Rechtsanwalt Herr Kien unter Juristengesetz hat.

**Antwort:** Schmidt: Die öffentliche Verlesung ist ein politischer Akt, und es ist nicht möglich, daß er nicht bekannt ist.

**Frage:** Wie ist die öffentliche Verlesung vor bekannt, daß Rechtsanwalt Herr Kien unter Juristengesetz hat.

**Antwort:** Schmidt: Die öffentliche Verlesung ist ein politischer Akt, und es ist nicht möglich, daß er nicht bekannt ist.

**Frage:** Wie ist die öffentliche Verlesung vor bekannt, daß Rechtsanwalt Herr Kien unter Juristengesetz hat.

**Antwort:** Schmidt: Die öffentliche Verlesung ist ein politischer Akt, und es ist nicht möglich, daß er nicht bekannt ist.

**Frage:** Wie ist die öffentliche Verlesung vor bekannt, daß Rechtsanwalt Herr Kien unter Juristengesetz hat.

**Antwort:** Schmidt: Die öffentliche Verlesung ist ein politischer Akt, und es ist nicht möglich, daß er nicht bekannt ist.

**Frage:** Wie ist die öffentliche Verlesung vor bekannt, daß Rechtsanwalt Herr Kien unter Juristengesetz hat.

**Antwort:** Schmidt: Die öffentliche Verlesung ist ein politischer Akt, und es ist nicht möglich, daß er nicht bekannt ist.

**Frage:** Wie ist die öffentliche Verlesung vor bekannt, daß Rechtsanwalt Herr Kien unter Juristengesetz hat.

**Antwort:** Schmidt: Die öffentliche Verlesung ist ein politischer Akt, und es ist nicht möglich, daß er nicht bekannt ist.

**Frage:** Wie ist die öffentliche Verlesung vor bekannt, daß Rechtsanwalt Herr Kien unter Juristengesetz hat.

**Antwort:** Schmidt: Die öffentliche Verlesung ist ein politischer Akt, und es ist nicht möglich, daß er nicht bekannt ist.

**Frage:** Wie ist die öffentliche Verlesung vor bekannt, daß Rechtsanwalt Herr Kien unter Juristengesetz hat.

**Antwort:** Schmidt: Die öffentliche Verlesung ist ein politischer Akt, und es ist nicht möglich, daß er nicht bekannt ist.

**Frage:** Wie ist die öffentliche Verlesung vor bekannt, daß Rechtsanwalt Herr Kien unter Juristengesetz hat.

**Antwort:** Schmidt: Die öffentliche Verlesung ist ein politischer Akt, und es ist nicht möglich, daß er nicht bekannt ist.

**Frage:** Wie ist die öffentliche Verlesung vor bekannt, daß Rechtsanwalt Herr Kien unter Juristengesetz hat.

**Antwort:** Schmidt: Die öffentliche Verlesung ist ein politischer Akt, und es ist nicht möglich, daß er nicht bekannt ist.

**Frage:** Wie ist die öffentliche Verlesung vor bekannt, daß Rechtsanwalt Herr Kien unter Juristengesetz hat.

**Antwort:** Schmidt: Die öffentliche Verlesung ist ein politischer Akt, und es ist nicht möglich, daß er nicht bekannt ist.

**Frage:** Wie ist die öffentliche Verlesung vor bekannt, daß Rechtsanwalt Herr Kien unter Juristengesetz hat.

**Antwort:** Schmidt: Die öffentliche Verlesung ist ein politischer Akt, und es ist nicht möglich, daß er nicht bekannt ist.

**Frage:** Wie ist die öffentliche Verlesung vor bekannt, daß Rechtsanwalt Herr Kien unter Juristengesetz hat.

**Antwort:** Schmidt: Die öffentliche Verlesung ist ein politischer Akt, und es ist nicht möglich, daß er nicht bekannt ist.

**Frage:** Wie ist die öffentliche Verlesung vor bekannt, daß Rechtsanwalt Herr Kien unter Juristengesetz hat.

**Antwort:** Schmidt: Die öffentliche Verlesung ist ein politischer Akt, und es ist nicht möglich, daß er nicht bekannt ist.

**Frage:** Wie ist die öffentliche Verlesung vor bekannt, daß Rechtsanwalt Herr Kien unter Juristengesetz hat.

**Antwort:** Schmidt: Die öffentliche Verlesung ist ein politischer Akt, und es ist nicht möglich, daß er nicht bekannt ist.

**Frage:** Wie ist die öffentliche Verlesung vor bekannt, daß Rechtsanwalt Herr Kien unter Juristengesetz hat.

**Antwort:** Schmidt: Die öffentliche Verlesung ist ein politischer Akt, und es ist nicht möglich, daß er nicht bekannt ist.

**Frage:** Wie ist die öffentliche Verlesung vor bekannt, daß Rechtsanwalt Herr Kien unter Juristengesetz hat.

**Antwort:** Schmidt: Die öffentliche Verlesung ist ein politischer Akt, und es ist nicht möglich, daß er nicht bekannt ist.

**Frage:** Wie ist die öffentliche Verlesung vor bekannt, daß Rechtsanwalt Herr Kien unter Juristengesetz hat.

# Uralzeig sagt aus

## Als Zeuge vor dem Landtags-Ausschuß

Vor dem Reichstagen-Ausschuß des Landtags wurde heute der Herr Uralzeig vernommen. Uralzeig, der im Januar 1883 in Petersburg geboren wurde, ist ein Sohn des Landtags-Präsidenten Strauß. Uralzeig, der im Januar 1883 in Petersburg geboren wurde, ist ein Sohn des Landtags-Präsidenten Strauß. Uralzeig, der im Januar 1883 in Petersburg geboren wurde, ist ein Sohn des Landtags-Präsidenten Strauß.

Die Scherheiten, die er vor dem Reichstagen-Ausschuß des Landtags wurde heute der Herr Uralzeig vernommen. Uralzeig, der im Januar 1883 in Petersburg geboren wurde, ist ein Sohn des Landtags-Präsidenten Strauß. Uralzeig, der im Januar 1883 in Petersburg geboren wurde, ist ein Sohn des Landtags-Präsidenten Strauß. Uralzeig, der im Januar 1883 in Petersburg geboren wurde, ist ein Sohn des Landtags-Präsidenten Strauß.

Uralzeig behauptet, daß er nicht die Uralzeig, der im Januar 1883 in Petersburg geboren wurde, ist ein Sohn des Landtags-Präsidenten Strauß. Uralzeig, der im Januar 1883 in Petersburg geboren wurde, ist ein Sohn des Landtags-Präsidenten Strauß. Uralzeig, der im Januar 1883 in Petersburg geboren wurde, ist ein Sohn des Landtags-Präsidenten Strauß.

Uralzeig behauptet, daß er nicht die Uralzeig, der im Januar 1883 in Petersburg geboren wurde, ist ein Sohn des Landtags-Präsidenten Strauß. Uralzeig, der im Januar 1883 in Petersburg geboren wurde, ist ein Sohn des Landtags-Präsidenten Strauß. Uralzeig, der im Januar 1883 in Petersburg geboren wurde, ist ein Sohn des Landtags-Präsidenten Strauß.

Uralzeig behauptet, daß er nicht die Uralzeig, der im Januar 1883 in Petersburg geboren wurde, ist ein Sohn des Landtags-Präsidenten Strauß. Uralzeig, der im Januar 1883 in Petersburg geboren wurde, ist ein Sohn des Landtags-Präsidenten Strauß. Uralzeig, der im Januar 1883 in Petersburg geboren wurde, ist ein Sohn des Landtags-Präsidenten Strauß.

Uralzeig behauptet, daß er nicht die Uralzeig, der im Januar 1883 in Petersburg geboren wurde, ist ein Sohn des Landtags-Präsidenten Strauß. Uralzeig, der im Januar 1883 in Petersburg geboren wurde, ist ein Sohn des Landtags-Präsidenten Strauß. Uralzeig, der im Januar 1883 in Petersburg geboren wurde, ist ein Sohn des Landtags-Präsidenten Strauß.

Uralzeig behauptet, daß er nicht die Uralzeig, der im Januar 1883 in Petersburg geboren wurde, ist ein Sohn des Landtags-Präsidenten Strauß. Uralzeig, der im Januar 1883 in Petersburg geboren wurde, ist ein Sohn des Landtags-Präsidenten Strauß. Uralzeig, der im Januar 1883 in Petersburg geboren wurde, ist ein Sohn des Landtags-Präsidenten Strauß.

Uralzeig behauptet, daß er nicht die Uralzeig, der im Januar 1883 in Petersburg geboren wurde, ist ein Sohn des Landtags-Präsidenten Strauß. Uralzeig, der im Januar 1883 in Petersburg geboren wurde, ist ein Sohn des Landtags-Präsidenten Strauß. Uralzeig, der im Januar 1883 in Petersburg geboren wurde, ist ein Sohn des Landtags-Präsidenten Strauß.

Uralzeig behauptet, daß er nicht die Uralzeig, der im Januar 1883 in Petersburg geboren wurde, ist ein Sohn des Landtags-Präsidenten Strauß. Uralzeig, der im Januar 1883 in Petersburg geboren wurde, ist ein Sohn des Landtags-Präsidenten Strauß. Uralzeig, der im Januar 1883 in Petersburg geboren wurde, ist ein Sohn des Landtags-Präsidenten Strauß.

Uralzeig behauptet, daß er nicht die Uralzeig, der im Januar 1883 in Petersburg geboren wurde, ist ein Sohn des Landtags-Präsidenten Strauß. Uralzeig, der im Januar 1883 in Petersburg geboren wurde, ist ein Sohn des Landtags-Präsidenten Strauß. Uralzeig, der im Januar 1883 in Petersburg geboren wurde, ist ein Sohn des Landtags-Präsidenten Strauß.

Uralzeig behauptet, daß er nicht die Uralzeig, der im Januar 1883 in Petersburg geboren wurde, ist ein Sohn des Landtags-Präsidenten Strauß. Uralzeig, der im Januar 1883 in Petersburg geboren wurde, ist ein Sohn des Landtags-Präsidenten Strauß. Uralzeig, der im Januar 1883 in Petersburg geboren wurde, ist ein Sohn des Landtags-Präsidenten Strauß.

# Reichstagung der demokratischen Studenten

## Schulreform und Parlamentarismus

Im Mittelpunkt der heutigen Veranstaltung der demokratischen Studententagung stand ein Referat von Dr. Reichardt über die Schulreform. Dr. Reichardt sprach über die Notwendigkeit einer Schulreform, die den Interessen der Schüler entspricht. Er sprach über die Notwendigkeit einer Schulreform, die den Interessen der Schüler entspricht. Er sprach über die Notwendigkeit einer Schulreform, die den Interessen der Schüler entspricht.

Die Studententagung wurde von den demokratischen Studenten organisiert. Die Studententagung wurde von den demokratischen Studenten organisiert. Die Studententagung wurde von den demokratischen Studenten organisiert.

Die Studententagung wurde von den demokratischen Studenten organisiert. Die Studententagung wurde von den demokratischen Studenten organisiert. Die Studententagung wurde von den demokratischen Studenten organisiert.

Die Studententagung wurde von den demokratischen Studenten organisiert. Die Studententagung wurde von den demokratischen Studenten organisiert. Die Studententagung wurde von den demokratischen Studenten organisiert.







